

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhalt	XI
Einleitung	1
A. Problemstellung	1
B. Ermittlung des Internetnutzers	2
C. Umsetzung und Anwendung des Auskunftsanspruchs gem. § 101 UrhG	5
D. Datenspeicherung und Datenübermittlung	6
E. Urheberrechtliche Rechtsdurchsetzung de lege ferenda	9
Erster Teil Urheberrechtliche Rechtsdurchsetzung in Filesharing- oder P2P-Netzwerken	11
A. Regelungssystematik der §§ 97 ff. UrhG	11
B. Ansprüche des Urhebers gegen unzulässige Verwertungshandlungen	12
Zweiter Teil Urheberrechtlicher Anspruch auf Drittauskunft gegen Access-Provider gem. § 101 Abs. 2 S. 1 Nr. 3, Abs. 9 UrhG	47
A. Notwendigkeit eines Anspruches auf Drittauskunft	47
B. Vorgaben der Enforcement-Richtlinie 2004/48/EG	47
C. Umsetzung des Auskunftsanspruches in nationales Recht	48
D. Offensichtlichkeit der Rechtsverletzung bei Anspruch auf Drittauskunft gem. § 101 Abs. 2 S. 1 UrhG	49
E. Rechtsverletzung in gewerblichem Ausmaß	52
F. Richtervorbehalt des § 101 Abs. 9 S. 1 UrhG	91
G. Verfahren der Auskunftsgestattung	92
H. Ausschluss des Auskunftsanspruches gem. §§ 7 Abs. 2, 8–10 TMG	98
I. Ergebnis zum Auskunftsanspruch gem. § 101 UrhG	103
Dritter Teil Datenspeicherung und Datenübermittlung	105
A. Datenspeicherung für Zwecke der Entgeltermittlung und Entgeltabrechnung gem. § 97 TKG	106
B. Datenspeicherung zur technischen Störungsbeseitigung und zur Missbrauchsbekämpfung gem. § 100 TKG	110
C. Anspruch des Einzelnen auf »sofortige« Löschung der gespeicherten IP-Adressen	116
D. Datenspeicherung im Rahmen der Vorratsdatenspeicherung gem. § 113a TKG und Datenverwendung gem. § 113b TKG	118
E. Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Vorratsdatenspeicherung	125

Vierter Teil	Auswirkungen der Rechtsprechung des BVerfG auf das Vorgehen der Rechteinhaber zur Rechtsdurchsetzung	149
A.	Grundlagen des Access-Providings und der Datenkommunikation	150
B.	Die Ermittlung der IP-Adresse durch die Rechteinhaber	157
C.	Telekommunikations- und datenschutzrechtliche Probleme im Zusammenhang mit der Ermittlung der IP-Adresse	171
D.	Ermittlungspraxis der Staatsanwaltschaften und Akteneinsichtsrecht gem. § 406e StPO	194
E.	Harmonisierung des Auskunftsanspruchs gem. § 101 UrhG mit dem strafprozessualen Akteneinsichtsrecht gem. § 406e StPO	221
F.	Keine Datenspeicherung durch Access-Provider – Rechtmäßigkeit einer Datenspeicherung »auf Zuruf«?	227
Fünfter Teil	Quick-Freeze-Verfahren und urheberrechtliches Auskunftsverfahren de lege ferenda	263
A.	Vorschlag eines Quick-Freeze-Verfahrens als verfassungskonforme Ausgestaltung der Vorratsdatenspeicherung	263
B.	Rückgriff auf Daten, die im Rahmen des Quick-Freeze-Verfahrens gespeichert wurden für die Zwecke des urheberrechtlichen Auskunftsanspruches	273
C.	Möglichkeit der Übertragung eines modifizierten Quick-Freeze-Verfahrens auf den urheberrechtlichen Auskunftsanspruch aus § 101 UrhG?	282
Sechster Teil	Fazit	299
Siebter Teil	Zusammenfassung der Ergebnisse in Thesen	303
Abkürzungen		307
Literatur		311
Sachregister		333

Inhalt

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Einleitung	1
<i>A. Problemstellung</i>	1
<i>B. Ermittlung des Internetnutzers</i>	2
<i>C. Umsetzung und Anwendung des Auskunftsanspruchs gem. § 101 UrhG</i>	5
<i>D. Datenspeicherung und Datenübermittlung</i>	6
<i>E. Urheberrechtliche Rechtsdurchsetzung de lege ferenda</i>	9
Erster Teil Urheberrechtliche Rechtsdurchsetzung in Filesharing- oder P2P-Netzwerken	11
<i>A. Regelungssystematik der §§ 97 ff. UrhG</i>	11
<i>B. Ansprüche des Urhebers gegen unzulässige Verwertungshandlungen</i>	12
I. Filesharing- und P2P-Netzwerke	12
1. Rechtspolitische Betrachtung von Filesharing- und P2P-Netzwerken	12
2. Funktionsweise zentralisierter und dezentralisierter Filesharing-Netzwerke	15
a) Zentralisierte Filesharing-Netzwerke	16
b) Dezentralisierte Filesharing-Netzwerke	16
c) Mischformen der Filesharing-Netzwerke	17
d) Urheberrechtsverletzungen über FTP-Server	18
II. Inanspruchnahme des unmittelbar Handelnden	18
1. Ansprüche des Urhebers gegen die Konvertierung in das mp3-Format . . .	19
2. Ansprüche des Rechteinhabers gegen den Upload	20
a) Upload und Vervielfältigungsrecht gem. § 16 Abs. 1 UrhG	20
b) Upload und Recht auf öffentliche Zugänglichmachung gem. § 19a UrhG	23
3. Ansprüche des Rechteinhabers gegen den Download gem. §§ 97 Abs. 1, 16 UrhG	25
4. Eingreifen von Schrankenregelungen zugunsten der Nutzer	26
a) Schranke des § 53 Abs. 1 UrhG	26
aa) Neuere Entwicklung von § 53 Abs. 1 UrhG	26
bb) Rechtswidrig hergestellte Vorlage.	27
cc) Rechtswidrig öffentlich zugänglich gemachte Vorlage	28
dd) Offensichtlichkeit der Rechtswidrigkeit	29

b)	Schranke des § 53 Abs. 1 UrhG für Vervielfältigungen im privaten und sonstigen eigenen Bereich (Komprimierung in das mp3-Format) . .	31
c)	Schranke des § 44a UrhG für nur vorübergehende Vervielfältigungshandlungen	33
d)	Eingreifen von Schrankenregelungen für das Verwertungsrecht der öffentlichen Zugänglichmachung gem. § 19a UrhG (Upload)	33
e)	Schranke des § 53 Abs. 1 UrhG für Vervielfältigungen im privaten und sonstigen eigenen Bereich (Download)	34
5.	Zwischenergebnis	35
III.	Inanspruchnahme des Anschlussinhabers als Störer	35
1.	Herleitung der Störerhaftung aus §§ 97 Abs. 1 UrhG, 1004 BGB analog .	35
2.	Störerhaftung des Anschlussinhabers im Rahmen eines familiär genutzten Anschlusses	37
3.	Störerhaftung des Anschlussinhabers für Rechtsverletzungen über ein ungesichertes WLAN-Netz	38
4.	Sekundäre Darlegungslast	41
IV.	Zwischenergebnis und Stellungnahme	43
Zweiter Teil Urheberrechtlicher Anspruch auf Drittauskunft gegen Access-Provider gem. § 101 Abs. 2 S. 1 Nr. 3, Abs. 9 UrhG . . .		47
A.	Notwendigkeit eines Anspruches auf Drittauskunft	47
B.	Vorgaben der Enforcement-Richtlinie 2004/48/EG	47
C.	Umsetzung des Auskunftsanspruches in nationales Recht	48
D.	Offensichtlichkeit der Rechtsverletzung bei Anspruch auf Drittauskunft gem. § 101 Abs. 2 S. 1 UrhG	49
E.	Rechtsverletzung in gewerblichem Ausmaß	52
I.	Notwendigkeit des gewerblichen Ausmaßes für Anspruch auf Drittauskunft gem. § 101 Abs. 2 S. 1 UrhG – »Doppeltes Gewerbsmäßigkeitserfordernis« . .	54
II.	Zivil- und handelsrechtlicher Gewerbebegriff	56
III.	Orientierung an Enforcement-Richtlinie 2004/48/EG	58
IV.	Berücksichtigung der relevanten Verwertungsphase	59
1.	Gewerbliches Ausmaß bei Verletzungshandlung in Bezug auf nur ein Werkexemplar	60
2.	Relevante Verwertungsphase	61
3.	Gewerbliches Ausmaß der Rechtsverletzung in Bezug auf nur ein Werkexemplar auch außerhalb der relevanten Verwertungsphase	63
4.	Rechtsunsicherheit durch Kriterium der relevanten Verwertungsphase . . .	64
a)	Ablehnung des gewerblichen Ausmaßes bei Betroffenheit nur einer Datei	65
b)	Ablehnung des Kriteriums der relevanten Verwertungsphase	66
V.	Argumentation anhand der Begrenzung der Abmahnkosten gem. § 97a Abs. 2 UrhG	69
1.	Handeln im geschäftlichen Verkehr, einfach gelagerter Fall einer nur unerheblichen Rechtsverletzung, Betroffenheit außerhalb des geschäftlichen Verkehrs	69

2. Wechselwirkung zwischen § 101 UrhG und § 97a Abs. 2 UrhG	70
3. Ablehnung einer zwingenden Wechselwirkung zwischen § 97a Abs. 2 UrhG und § 101 Abs. 1 UrhG	70
4. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und Einzelfallbetrachtung	71
VI. Weitere Aspekte bei der Bestimmung des gewerblichen Ausmaßes	73
1. Einschränkung der Auslegung des gewerblichen Ausmaßes – Erfordernis einer erheblichen Rechtsverletzung	73
2. Verzicht auf Kopierschutz im Sinne von § 95a UrhG	73
a) Auswirkungen des Verzichts auf Kopierschutz gem. § 95a UrhG auf Bewertung des gewerblichen Ausmaßes	73
b) Stellungnahme zu Auswirkungen des Verzichts auf Kopierschutz im Sinne von § 95a UrhG auf Kriterium des gewerblichen Ausmaßes	74
3. Berücksichtigung der Anzahl der zu erwartenden oder der tatsächlich getätigten Downloads	76
4. Berücksichtigung der Schadenshöhe zur Ermittlung der Schwere der Rechtsverletzung	77
5. Subjektive Zweckrichtung des Endverbrauchers	78
a) Bestimmung des Grades der Gut- und Bösgläubigkeit	78
b) Erforderlichkeit einer Anhörung des betroffenen Anschlussinhabers vor der Auskunftserteilung	80
c) Subjektive Bewertung des Nutzerverhaltens bei Störerhaftung des Anschlussinhabers	80
d) Stellungnahme zu subjektiven Aspekten	81
VII. Auskunftsverfahren für andere gewerbliche Schutzrechte – Voraussetzung des Handelns im geschäftlichen Verkehr	82
1. Patentrechtlicher Auskunftsanspruch gem. § 140b PatG	82
2. Markenrechtlicher Auskunftsanspruch gem. § 19 MarkenG, Vorlage- und Besichtigungsansprüche gem. § 19a MarkenG und Sicherung von Schadensersatzansprüchen gem. § 19b MarkenG	83
3. Art. 61 TRIPs-Übereinkommen	85
4. Stellungnahme zum Vergleich des urheberrechtlichen Auskunfts- anspruches mit anderen Auskunftsansprüchen des gewerblichen Rechtsschutzes	85
VIII. Zwischenergebnis und Stellungnahme zum Merkmal des gewerblichen Ausmaßes in § 101 UrhG	87
1. Negative Abgrenzung des Merkmals des gewerblichen Ausmaßes – Ablehnung des gewerblichen Ausmaßes bei Betroffenheit nur einer Datei	87
2. Positive Festlegung des Tatbestandsmerkmals des gewerblichen Ausmaßes für Vervielfältigungshandlungen im Rahmen eines Downloads	88
F. Richtervorbehalt des § 101 Abs. 9 S. 1 UrhG	91
G. Verfahren der Auskunftsgestattung	92
I. Allgemeine Verfahrensregelungen	92
II. Beschwerderecht des Anschlussinhabers	94
III. Beschwerdefrist	97

H.	Ausschluss des Auskunftsanspruchs gem. §§ 7 Abs. 2, 8–10 TMG	98
I.	Störerhaftung von Access-Providern infolge der Zugangsvermittlung	98
II.	Privilegierung der Access-Provider gem. §§ 7 Abs. 2, 8–10 TMG	99
III.	Anwendbarkeit der Haftungsprivilegierungen aus §§ 7 Abs. 2, 8–10 TMG auf den Auskunftsanspruch gem. § 101 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 UrhG	101
I.	Ergebnis zum Auskunftsanspruch gem. § 101 UrhG	103
Dritter Teil Datenspeicherung und Datenübermittlung		105
A.	Datenspeicherung für Zwecke der Entgeltermittlung und Entgeltabrechnung gem. § 97 TKG	106
B.	Datenspeicherung zur technischen Störungsbeseitigung und zur Missbrauchsbekämpfung gem. § 100 TKG	110
I.	Datenspeicherung zur technischen Störungsbeseitigung gem. § 100 Abs. 1 TKG	110
II.	Datenspeicherung zur Missbrauchsbekämpfung gem. § 100 Abs. 3 TKG	114
III.	Dauer der Datenspeicherung	115
C.	Anspruch des Einzelnen auf »sofortige« Löschung der gespeicherten IP-Adressen	116
D.	Datenspeicherung im Rahmen der Vorratsdatenspeicherung gem. § 113a TKG und Datenverwendung gem. § 113b TKG	118
I.	Vorgaben der Vorratsdatenspeicherungsrichtlinie 2006/24/EG	118
II.	Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht	119
III.	Nutzung von Vorratsdaten für Zwecke der zivilrechtlichen Durchsetzung der Rechte des Geistigen Eigentums	120
	1. Harmonisierung der Nutzung von Vorratsdaten mit den Vorgaben zur effektiven Rechtsdurchsetzung aus Enforcement-Richtlinie 2004/48/EG	121
	2. Gesetzesmaterialien zur Nutzung von Vorratsdaten für Zwecke der zivilrechtlichen Durchsetzung der Rechte des Geistigen Eigentums	121
	3. Nutzung von Vorratsdaten als Folgerung aus der Rechtsprechung des EuGH – »Promusicae«	122
IV.	Zwischenergebnis zur Datenspeicherung	124
E.	Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Vorratsdatenspeicherung	125
I.	Einstweiliges Anordnungsverfahren des BVerfG	125
	1. Datenspeicherung gem. § 113a TKG	126
	2. Eingeschränkte Übermittlungsbefugnis für Zwecke der Gefahrenabwehr und Aussetzung von § 113b TKG	126
II.	Urteil des BVerfG zur Vorratsdatenspeicherung vom 2.3.2010	128
	1. Vorlageverpflichtung des BVerfG an den EuGH?	128
	a) Keine Entscheidungserheblichkeit der Wirksamkeit der Richtlinie 2006/24/EG – Verfassungskonforme Ausgestaltungsmöglichkeit	128
	b) Zwischenergebnis zur Rechtmäßigkeit der Richtlinie 2006/24/EG	132
	2. Verfassungswidrigkeit der §§ 113a, 113b TKG, § 100g StPO	132

a) Eingriff in das Fernmeldegeheimnisses aus Art. 10 Abs. 1 GG durch anlasslose Datenspeicherung	133
b) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung der Eingriffe	133
3. Abweichende Meinungen der Richter Schluckebier und Eichberger	136
4. Vorgaben des BVerfG für unmittelbare Auskunftsverfahren de lege ferenda	137
a) Datenspeicherung durch private TK-Unternehmen	138
b) Datensicherheit	138
c) Normenklare Beschränkung der Datenverwendung	139
d) Bestimmtheit der Datenverwendung	141
e) Transparenz	141
f) Rechtsschutz	142
5. Vorgaben des BVerfG für mittelbare Auskunftsverfahren de lege ferenda	142
6. Beweisverwertungsverbot für Daten aus Vorratsdatenspeicherung	144
7. Zwischenergebnis zur Vorratsdatenspeicherung	146

Vierter Teil Auswirkungen der Rechtsprechung des BVerfG auf das Vorgehen der Rechteinhaber zur Rechtsdurchsetzung 149

A. Grundlagen des Access-Providings und der Datenkommunikation	150
I. Technische Grundlagen der Zugangsvermittlung zum Internet	150
II. Technische Grundlagen der Datenkommunikation	151
1. Datenkommunikation zwischen Computersystemen mithilfe von TCP und IP-Adressen	151
a) TCP-Protocol	151
b) Port-Nummer	152
c) IP-Adresse	152
aa) Statische IP-Adressen	153
bb) Dynamische IP-Adressen	153
cc) IPv4 und IPv6	153
2. Hash-Wert	154
3. Globally Unique Identifier (GUID)	155
4. MAC-Adresse	156
5. Prozessor-ID	156
B. Die Ermittlung der IP-Adresse durch die Rechteinhaber	157
I. Ermittlungspraxis	157
II. Probleme in Zusammenhang mit der Datenerhebung	158
1. Beweiswert der ermittelten IP-Adresse und anderer Nutzerdaten	158
2. Beweisführung mit Hilfe von IP-Adressen und Hashwert	160
3. Beweisverwertungsverbot aus fehlerhafter Datenermittlung	163
III. Fehleranfälligkeit der Datenerhebung	165
IV. Urheberrechtsschutz bei Dateifragmenten	166
V. Urheberrechtsschutz von Spähdateien	167
VI. Urheberrechtsschutz von abspielfähigen und nicht einzeln abspielfähigen Dateifragmenten	167
VII. Besitzstörung gem. § 862 BGB und Grundrechtseingriff durch Einsatz von Spähdateien	168

VIII. Stellungnahme zur Datenerhebung – Statthaftigkeit der Beschwerde gegen Auskunftsverfahren gem. § 101 Abs. 2, Abs. 9 UrhG bei Fehlerhaftigkeit der Ermittlung der dynamischen IP-Adresse	170
C. <i>Telekommunikations- und datenschutzrechtliche Probleme im Zusammenhang mit der Ermittlung der IP-Adresse</i>	171
I. Telekommunikationsrechtliche Qualifikation der dynamischen IP-Adresse . .	171
1. Bestands- und Verkehrsdaten gem. § 3 Nr. 3, Nr. 30 TKG	171
2. Qualifikation der dynamischen IP-Adresse und deren Verknüpfung zu Namen und Anschrift des Anschlussinhabers	172
a) Qualifikation der Verknüpfung der dynamischen IP-Adresse mit Namen und Anschrift als Bestandsdatum gem. § 3 Nr. 3 TKG	173
b) Qualifikation der Verknüpfung der dynamischen IP-Adresse mit Namen und Anschrift als Verkehrsdatum gem. § 3 Nr. 30 TKG	176
II. Datenschutzrechtliche Qualifikation der dynamischen IP-Adresse als personenbezogenes Datum gem. § 3 Abs. 1 BDSG	178
1. Statische oder dynamische IP-Adresse	180
2. Erhebung der dynamischen IP-Adresse durch den Access-Provider	181
3. Erhebung der dynamischen IP-Adresse durch privatrechtliche Unternehmen	182
a) Dynamische IP-Adresse als personenbezogenes Datum	182
b) Dynamische IP-Adresse als nicht-personenbezogenes Datum	183
4. Stellungnahme zur datenschutzrechtlichen Einordnung von IP-Adressen .	184
III. Zulässigkeit der Ermittlung wegen freiwilliger Bekanntgabe der IP-Adresse im Rahmen des Verbindungsaufbaus zum Internet	186
IV. Zulässigkeit der Ermittlung der IP-Adresse gem. § 4 BDSG	187
V. Beweisverwertungsverbot aus unzulässiger Ermittlung der IP-Adresse	189
VI. Unzulässigkeit der Übermittlung von Verkehrsdaten nach dem einstweiligen Anordnungsverfahren des BVerfG	191
VII. Beweisverwertungsverbot bei schwerwiegender Verletzung von Persönlichkeitsrechten	191
VIII. Zwischenergebnis und Stellungnahme	192
D. <i>Ermittlungspraxis der Staatsanwaltschaften und Akteneinsichtsrecht gem. § 406e StPO</i>	194
I. Strafprozessuales Ermittlungsverfahren	194
II. Auskunftsverlangen der Staatsanwaltschaft bei den Access-Providern gem. § 113 TKG in Verbindung mit §§ 161, 163 StPO oder gem. §§ 100g, 100b Abs. 1 StPO	195
III. Recht auf Akteneinsicht der Rechteinhaber gem. § 406e Abs. 1 StPO	200
IV. Beschränkung des Akteneinsichtsrechts gem. § 406e Abs. 2 StPO	201
V. Verhältnismäßigkeitsprüfung	203
1. Legitimer Zweck, Geeignetheit und Erforderlichkeit des Akteneinsichtsrechts zur urheberrechtlichen Rechtsdurchsetzung	203
2. Angemessenheit des Akteneinsichtsrechts – Gewichtung der widerstreitenden Interessen zwischen Anspruchsteller und betroffenem Beschuldigten	204
a) Rechte zugunsten der Anspruchsteller	204
aa) Eigentumsrecht aus Art. 14 Abs. 1 GG	204

bb)	Allgemeines Persönlichkeitsrecht aus Art. 2 Abs. 1 GG	206
cc)	Berufsfreiheit der Rechteinhaber aus Art. 12 Abs. 1 GG	207
dd)	Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche	207
b)	Rechte zugunsten der betroffenen Anschlussinhaber	209
aa)	Fernmeldegeheimnis aus Art. 10 Abs. 1 GG	209
bb)	Persönlichkeitsrechte aus Art. 2 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG bei unrechtmäßiger Inanspruchnahme	212
cc)	Recht auf informationelle Selbstbestimmung aus Art. 2 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG	213
dd)	Recht auf Wahrung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme aus Art. 2 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG	214
ee)	Datenschutzrechtliche Erwägungen	215
c)	Neutrale Kriterien bei der Interessenabwägung	216
aa)	Stärke des Tatverdachts	216
bb)	Berücksichtigung des Tatbestandsmerkmals des gewerblichen Ausmaßes gem. § 101 Abs. 1, Abs. 2 UrhG	218
cc)	Gewährung rechtlichen Gehörs	219
dd)	Schutzwürdige Interessen des Providers	220
d)	Zwischenergebnis und Stellungnahme zur Interessenabwägung im Rahmen von § 406e Abs. 2 StPO	220
E.	<i>Harmonisierung des Auskunftsanspruchs gem. § 101 UrhG mit dem strafprozessualen Akteneinsichtsrecht gem. § 406e StPO</i>	221
I.	Beschränkung des Akteneinsichtsrechts mangels eines gewerblichen Ausmaßes der Rechtsverletzung	221
II.	Gewährung des Akteneinsichtsrechts trotz Ablehnung des Auskunftsanspruchs aus § 101 UrhG	222
III.	Unterlaufen des Richtervorbehalts aus § 101 Abs. 9 UrhG bei Gewährung der Akteneinsicht	223
IV.	Unzulässigkeit der Akteneinsicht bei Auskunft über Vorratsdaten	224
V.	Zwischenergebnis	225
1.	Dogmatische Gesichtspunkte	225
2.	Gesichtspunkt der Effektivität der Rechtsverfolgung	225
3.	Ergebnis zum Akteneinsichtsrecht aus § 406e StPO sowie dessen Zusammenwirken mit dem Auskunftsanspruch gem. § 101 UrhG	226
F.	<i>Keine Datenspeicherung durch Access-Provider – Rechtmäßigkeit einer Datenspeicherung »auf Zuruf«?</i>	227
I.	Vorsorgliche Datenspeicherung des Access-Providers »auf Zuruf«	227
II.	Zulässigkeit der Verwendung von Verkehrsdaten gem. § 96 Abs. 1 TKG	228
III.	Anspruchsgrundlage zur Datenspeicherung aus § 101 Abs. 2 S. 1 Nr. 3, Abs. 9 UrhG	229
1.	Dogmatische Beurteilung der Zulässigkeit eines Speicherungsverfahrens auf Zuruf	230
2.	Begründung eines gesetzlichen Schuldverhältnisses durch Aufbau einer »rechtsverletzenden Verbindung«	230
3.	Konkretisierung des gesetzlichen Schuldverhältnisses durch Kenntniserlangung des Rechteinhabers von dessen Speicherungsverlangen	232

4.	Speicherung von IP-Adressen als leistungsbezogene Nebenpflicht aus dem gesetzlichen Schuldverhältnis	232
a)	Zielrichtung und Wirkung der leistungsbezogenen Nebenpflicht	232
b)	Zeitpunkt des Entstehens der leistungsbezogenen Nebenpflicht	233
IV.	Ablehnung von § 101 Abs. 2 S. 1, Abs. 9 UrhG als Anspruchsgrundlage für vorausselende Datenspeicherung auf Zuruf	234
V.	Stellungnahme zur Anspruchsgrundlage für eine Datenspeicherung auf Zuruf	236
1.	Kollision der Speichungsverpflichtung mit Vorgaben des BVerfG – Anlasslose Datenspeicherung für künftige Urheberrechtsverletzungen	238
2.	Transparenz der Datenerhebung	240
3.	Keine analoge Anwendbarkeit von § 101 UrhG	241
a)	Planwidrige Regelungslücke durch Nichtigkeitserklärung der §§ 113a, 113b TKG und insoweit faktische Unmöglichkeit der Rechtsdurchsetzung	241
b)	Ermittlung des gesetzgeberischen Willens anhand der Gesetzesmaterialien zur Vorratsdatenspeicherung	241
c)	Vergleichbare Interessenlage	242
VI.	Datenschutzrechtliche Berechtigung i.S.d. § 96 Abs. 1 S. 2 TKG für vorausselende Datenspeicherung	243
1.	Grundlagen der datenschutzrechtlichen Befugnisnorm	243
2.	Datenschutzrechtliche Befugnis für Speicherung auf Zuruf aus § 101 Abs. 2 S. 1, Abs. 9 UrhG selbst	244
3.	Ablehnung einer datenschutzrechtlichen Befugnis zur Speicherung aus § 101 Abs. 2 S. 1, Abs. 9 UrhG	245
4.	Ablehnung einer datenschutzrechtlichen Befugnis zur Datenspeicherung aus § 28 Abs. 2 Nr. 2 lit. a) BDSG	249
VII.	Drohende Vorwegnahme der Hauptsache	249
VIII.	Erfordernis richterlicher Gestattung für Datenübermittlung gem. § 101 Abs. 9 S. 1 UrhG und auch bereits für Datenspeicherung?	251
IX.	Speicherung von Verkehrsdaten bei bereits aufgetretenen Urheberrechtsverletzungen	255
X.	Abwägung kollidierender Verfassungsgüter	256
XI.	Zumutbarkeit der Inanspruchnahme i.S.d. § 101 Abs. 4 UrhG	257
XII.	Vorrang eines wirksamen Auskunftsanspruches oder datenschutzrechtlicher Erwägungen?	257
XIII.	Ergebnis zur Datenspeicherung auf Zuruf	260
Fünfter Teil Quick-Freeze-Verfahren und urheberrechtliches Auskunftsverfahren de lege ferenda		263
A.	<i>Vorschlag eines Quick-Freeze-Verfahrens als verfassungskonforme Ausgestaltung der Vorratsdatenspeicherung</i>	<i>263</i>
I.	Sicherung vorhandener Verkehrsdaten	263
II.	Gewährleistung von Bestandsdatenauskünften im Internet	265
III.	Speichungsverpflichtung der Provider für sieben Tage	266
IV.	Normenklare Beschränkung der Datenverwendung	267
V.	Datenspeicherung durch private TK-Anbieter	267
VI.	Umsetzung der Vorgaben des BVerfG zur Datensicherheit	269

VII. Transparenz der Datenerhebung: Zulässigkeit der verborgenen Datenerhebung bei sonstiger Verteilung der Auskunft – nachträgliche Mitteilung über Inanspruchnahme	271
VIII. Gewährleistung von effektivem Rechtsschutz	272
<i>B. Rückgriff auf Daten, die im Rahmen des Quick-Freeze-Verfahrens gespeichert wurden für die Zwecke des urheberrechtlichen Auskunftsanspruches</i>	273
I. Tauglichkeit der Daten	273
1. Verkehrsdaten	273
2. Bestandsdaten	274
II. Rückgriff auf Daten aus Quick-Freeze-Speicherung	275
III. Vorgaben für die mittelbare Datenverwendung	275
1. Schutz von Immaterialgüterrechten als Rechtsverletzung von ausreichender Schwere?	276
2. Widerspruch zwischen dem Urteil des BVerfG zur Vorratsdatenspeicherung und § 101 Abs. 9 S. 1 UrhG?	278
a) Auflösung des Widerspruchs durch Übertragung des Richtervorbehalts aus § 100g in Verbindung mit § 100b StPO auf die mittelbare Datenverwendung de lege ferenda	279
b) Auflösung des Widerspruchs durch Ausnahme von Urheberrechtsverletzungen für die mittelbare Datenverwendung	279
c) Auflösung des Widerspruchs durch konsequente Anwendung des Richtervorbehalts gem. § 101 Abs. 9 S. 1 UrhG	280
d) Auflösung des Widerspruchs durch restriktive Auslegung des Akteneinsichtsrechts des Verletzten gem. § 406e StPO	281
IV. Zwischenergebnis zum Quick-Freeze-Verfahren	282
<i>C. Möglichkeit der Übertragung eines modifizierten Quick-Freeze-Verfahrens auf den urheberrechtlichen Auskunftsanspruch aus § 101 UrhG?</i>	282
I. Vorgelagerte Hinweispflicht des Access-Providers an den Anschlussinhaber nach erstmaliger Urheberrechtsverletzung	283
1. Französisches Modell des Loi Olivennes/Loi Hadopi	284
2. Britisches Modell/US-Modell	284
3. Europäische Entwicklung/Enquete-Kommission des Bundestages	285
4. Zwischenergebnis	286
II. Anspruchsgrundlage für Verkehrsdatenspeicherung zum Zwecke des urheberrechtlichen Auskunftsanspruchs	287
III. Anspruchsgrundlage für vorläufige Speicherung von Verkehrsdaten im einstweiligen Verfahren gem. § 101 Abs. 7 UrhG	289
IV. Datenschutzrechtliche Befugnisnorm für die Speicherung von Verkehrsdaten de lege ferenda	293
V. Datenschutzrechtliche Befugnisnorm für die vorläufige Speicherung von Verkehrsdaten de lege ferenda	295
VI. Auskunftsanspruch und IPv6	296
VII. Zwischenergebnis und Stellungnahme zur Regelung einer Speicherung von Verkehrsdaten zum Zweck des urheberrechtlichen Auskunftsanspruchs de lege ferenda	297

Sechster Teil	Fazit	299
Siebter Teil	Zusammenfassung der Ergebnisse in Thesen	303
Abkürzungen		307
Literatur		311
Sachregister		333